

Datum: 10.10.2011

OV am Sonntag

„Finanzmärkte brauchen ein Stopp-Schild“

Wolfgang Zapfe, Landesvorsitzender der Europa-Union, fordert Reformen in der EU – aber nicht in Windeseile

Die Bedeutung der EU für Niedersachsen soll mehr ins Blickfeld der Bürger und Politiker rücken – das ist das Hauptprojekt von Wolfgang Zapfe aus Vechta, wieder-gewählter Landeschef der Bürgerinitiative Europa-Union.

Von Giorgio Tzimurtas

Frage: Herr Zapfe, welches Hauptprojekt haben Sie in den nächsten zwei Jahren?

Zapfe: Ich will mehr Europa in Niedersachsen. Mit der vor wenigen Monaten gegründeten Parlamentariergruppe will ich die Bedeutung der EU für typisch niedersächsische Themen verstärkt ins Blickfeld bringen. Dabei geht es etwa um Häfen- und Verkehrspolitik, aber auch um die Bedeutung des Landtages in der EU-Politik. Es geht um einen intensiven Dialog mit den Abgeordneten sowie den Bürgerinnen und Bürgern über Themen, die in Niedersachsen mit entschieden werden.

Frage: Europa steckt offensichtlich in der Krise. Was muss passieren, damit sich das ändert?

Zapfe: Die Krise der EU ist eine Schuldenkrise. Alle Staaten sind verschuldet. Das heißt: Die Politiker haben Geld ausgegeben, das sie nicht hatten. Wir als Bür-

ger haben diejenigen gewählt, die uns dieses Geld versprochen haben. Deshalb müssen wir uns auch an die eigene Nase fassen. Ich bin der Meinung, dass es in der EU eine verstärkte Kooperation in den Bereichen Wirtschaft und Finanzen geben muss. Die Finanzmärkte müssen sehr viel stärker kontrolliert werden. Man muss über die Finanztransaktionssteuer gezielt nachdenken und die Leerverkäufe einstellen. Die Finanzmärkte brauchen ein klares Stopp-Schild. Dann kann man darüber reden, wie finanzielle Stützen organisiert werden – mit klaren Auflagen. Die sind notwendig, um Staaten zur Haushaltskonsolidierung zu zwingen.

Frage: Die Akzeptanz der EU ist in der Bevölkerung immer geringer ausgeprägt. Verzweifeln Sie deswegen manchmal?

Zapfe: Nein. Aber ich werde manchmal sehr nachdenklich. Ich frage mich: Warum werden die wich-

tigen Errungenschaften der EU nicht wahrgenommen? Ich glaube, dass Positive wird den Bürgern von der Politik zu wenig dargestellt. Mein Eindruck ist auch: Wenn etwas schief läuft, wird Brüssel verantwortlich gemacht; wenn etwas gelingt, dann waren es die nationalen Parlamente. Als Bürgerinitiative müssen wir verstärkt informieren, welche Vorteile die EU hat, wel-



Eine weitere Stärkung des Europäischen Parlaments sei notwendig, ist Wolfgang Zapfe überzeugt. Foto: Archiv

chen Gewinn sie uns gebracht hat.

Frage: Frieden und Reisefreiheit – diese Vorteile bekommen die Bürger mit. Dennoch überwiegt die Skepsis. Mit welchen konkreten Argumenten wollen sie für Zustimmung sorgen?

Zapfe: Es muss deutlich wer-

den, dass man in der Welt nur als starkes vereintes Europa bestehen kann. Davon hängt auch unser künftiger Wohlstand ab. Ob Wirtschafts-, Energie- oder Sicherheitspolitik – es geht um Herausforderungen, die von Nationalstaaten allein nicht gemeistert werden können. Europa

muss dabei mit einer Stimme sprechen.

Frage: Davon ist die EU aber noch weit weg. Was sind realistische Zwischenschritte?

Zapfe: Meine Hoffnung ist, dass es in den nächsten zwei Jahren Mechanismen der engeren Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Finanzpolitik gibt. Das hat Priorität. Schrittweise muss eine Änderung des Lissabonner Vertrages ausgehandelt werden. Mit diesem Ziel: Eine weitere Stärkung des Europäischen Parlaments. Die EU-Volksvertretung braucht beispielsweise in der Bestimmung des Haushalts noch mehr Rechte. Auch eine Geschlossenheit in der Außenpolitik ist notwendig. Das darf aber nicht in Windeseile passieren. Das wäre kontraproduktiv. Und: Die Bürgerinnen und Bürger müssen dabei mitgenommen werden.

Frage: Angesichts der Macht der Finanzmärkte herrscht aber Zeitdruck. Und: Wenn Europa zu spät und weltweit alleine mit schärferen Regeln dasteht, kann es zum großen Verlierer werden. Oder sehen Sie diese Gefahr eher nicht?

Zapfe: Diese Gefahr besteht immer. Auf den vielen globalen Konferenzen, seien es die G-8-Treffen oder andere, müssen die Europäer für Kompromisse sorgen und eine internationale Abstimmung voranbringen. Das ist die einzige Hoffnung, die wir haben.